PRESSEMITTEILUNG

MEDIENTAGE München 2026 vom 21. bis 23. Oktober
Eröffnung des Europatags

Faire Plattformregeln – starke Medien für die Demokratie

München, 23.10.2026 – Europa steht vor der Aufgabe, Medienfreiheit, Meinungsvielfalt und die Stabilität der Demokratie unter den Bedingungen von KI und globaler Plattformmacht zu sichern. Bei der Eröffnung des Europatags der MEDIENTAGE München, bereits zum 12. Mal organisiert vom Institut für Europäisches Medienrecht (EMR), standen die Reform der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), der Digital Omnibus, der Jugendschutz und die Finanzierung journalistischer Inhalte im Mittelpunkt. Die Botschaft: Europa braucht einen verlässlichen Rechtsrahmen, der Innovation ermöglicht, faire Wettbewerbsbedingungen schafft und die demokratische Öffentlichkeit schützt. Zugleich müssen die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung behalten und europäische Regeln konsequent umgesetzt werden.

Medienvielfalt ist eine demokratische Aufgabe

Dr. Thorsten Schmiege, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), betonte die wachsende Bedeutung europäischer Medienpolitik. Der Europatag müsse über juristische Detailfragen hinausgehen und die großen politischen Zusammenhänge sichtbar machen. „Ziel ist ganz klar, dass wir konstruktiv den Weg begleiten." Angesichts der geopolitischen Lage und der anstehenden Entscheidungen in Brüssel komme es auf den Austausch zwischen europäischen Institutionen, nationalen Aufsichtsbehörden und Medienwirtschaft an.

Manuel Knoll, Bayerischer Staatsminister für Jugend und Demokratie, verwies auf die Gefahren für die demokratische Meinungsbildung. Eine Umfrage in Bayern zeige, dass 42 Prozent der jungen Menschen sich vorstellen könnten, eine teilweise rechtsextreme Partei zu wählen. Seriöse Medien seien deshalb wichtige Partner der Demokratie. „Wir müssen sicherstellen, dass auch die kommenden Generationen in einer freien, aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft aufwachsen können." Knoll forderte eine starke AVMD-Richtlinie, wirksamen Jugendschutz und klare Regeln für die Auffindbarkeit journalistischer Angebote. Bezüglich des Harmonisierungspaketes Digital Omnibus, mit dem bestehende digitale Regelwerke der EU besser aufeinander abgestimmt werden sollen, warnte er vor Cookie-Regeln, die die Refinanzierung kleinerer Medienanbieter erschweren könnten. Auch das Urheberrecht müsse angesichts des KI-Trainings mit geschützten Inhalten gestärkt werden. Notwendig seien transparente Trainingsdaten und durchsetzbare Vergütungsansprüche.

Regulierung muss mit der digitalen Realität Schritt halten

Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission, ordnete die EU-Reformvorhaben in den geopolitischen und technologischen Wandel ein. KI-Übersichten, Influencer und verändertes Nachrichtenverhalten stellten den Medienpluralismus vor neue Herausforderungen. Zugleich nähmen Desinformation und gezielte Manipulation zu. Europa müsse deshalb seine demokratischen Strukturen stärken und technologische Innovation fördern. „Wir brauchen ein intelligentes, smartes Regelwerk – und zwar sofort."

Medien.Bayern GmbH · Balanstraße 73 / Haus 11 · 81541 München · Tel. +49 89/6 89 99 – 0 · Fax +49 89/6 89 99 – 199
presse@medientage.de · www.medientage.de

Die AVMD-Richtlinie solle gezielt vereinfacht und besser mit dem Digital Services Act (DSA) sowie dem geplanten Digital Fairness Act verzahnt werden. Nikolay sprach sich für fairere Wettbewerbsbedingungen im Werbemarkt, eine bessere Auffindbarkeit vertrauenswürdiger Inhalte und zeitgemäße Jugendschutzregeln aus. Influencer müssten ihrer wachsenden Bedeutung entsprechend transparenter über Auftraggeber und Finanzierung informieren. Beim Urheberrecht kündigte Nikolay an, die Auswirkungen generativer KI genauer zu untersuchen. Ziel seien transparente Trainingsdaten und ein fairer Zugang zu Lizenzmodellen, auch für kleinere Rechteinhaber. Außerdem müsse die Durchsetzung bestehender Regeln konsequenter werden. Nikolay verwies auf Verfahren gemäß Digital Services Act (DAS) und Digital Markets Act (DMA), mit denen unter anderem Transparenz, diskriminierungsfreier Plattformzugang und Medienpluralismus geschützt werden sollen. Der Digital Omnibus müsse Datenschutz und wirtschaftliche Tragfähigkeit in Einklang bringen. Die geplante Vereinfachung von Cookie-Regeln solle Nutzer:innen weniger Abfragen zumuten, zugleich aber die Refinanzierung journalistischer Angebote nicht zusätzlich erschweren. Darüber hinaus müsse Europa regionale Medienstrukturen stärken, Medienkompetenz fördern und Innovation im Nachrichtensektor unterstützen. „Stillstand ist nicht möglich in dieser disruptiven Phase“, sagte Nikolay.

Souveränität braucht europäische Zusammenarbeit

Prof. Dr. Mark D. Cole, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR), lenkte den Blick auf das Verhältnis zwischen europäischer digitaler Souveränität und nationaler Medienvielfalt. Er fragte, wie gemeinsame europäische Regeln mit den kulturellen und föderalen Besonderheiten der Mitgliedstaaten vereinbar bleiben. Renate Nikolay betonte in ihrer Antwort, dass europäische Lösungen aus der Zusammenarbeit souveräner Staaten entstehen müssten. Das Europäische Medienfreiheitsgesetz zeige, dass gemeinsame Standards für Medienfreiheit möglich seien, ohne nationale Vielfalt grundsätzlich aufzuheben.

Auch den Vorwurf, Europa reguliere, während andere Regionen Innovationen vorantrieben, wies Nikolay zurück. Regulierung und Innovation seien keine Gegensätze. Gerade bei KI brauche es aber Leitplanken, die Sicherheit und gesellschaftliche Auswirkungen berücksichtigen. Zugleich müsse die Kommission ihre Regeln anhand praktischer Erfahrungen weiterentwickeln. Der geplante EU Kids Act konkretisiere den DSA beim Schutz Minderjähriger, etwa bei suchtfördernden Funktionen und Empfehlungssystemen. Die dynamische digitale Entwicklung mache es notwendig, Regeln bei Bedarf gezielt nachzuschärfen.

Gemeinsame Verantwortung für Europas Medienzukunft

Die Eröffnung des Europatags zeigte: Ein geeintes und starkes Europa ist für Medien- und Gesellschaftspolitik unverzichtbar, weil digitale Plattformen, KI und Desinformation nationale Grenzen überschreiten. Die zentrale Aufgabe besteht darin, Medienfreiheit und Vielfalt zu sichern, Urheber angemessen zu vergüten, Kinder wirksam zu schützen und Innovation nicht durch widersprüchliche Vorschriften zu behindern. Dafür braucht es abgestimmte europäische Regeln, nationale Handlungsspielräume und eine konsequente Durchsetzung. Entscheidend wird sein, ob Europa aus seinen gemeinsamen Werten eine praktikable digitale Ordnung entwickelt, die demokratische Öffentlichkeit und wirtschaftlich tragfähigen Journalismus gleichermaßen stärkt.